

Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Bezugspreis
für Halle monatlich bei zweimaliger
Ausgabe 2,00 Mark, vierteljährlich
5,00 Mark, durch die Post 6,00 Mark
ausw. Zustellungsgebühren, Einzel-
nummer 15 Pf. Die Bestellungen werden
von allen Reichspostämtern angenom-
men. Im amt. Zeitungsver-
zeichnis unter Halle-Zeitung einge-
tragen. Für Anzeigen eingegan-
gene Manuskripte werden keine Gewähr
übernommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Halle-Zeitung“ ge-
statet. Ferner der Geschäfts-Nr. 1142
u. 1418, der Geschäfts-Nr. 1133,
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4409.

Anzeige
werden d. 8. Sp. 3. 3. mm be. Milli-
meterzeile oder deren Raum mit
20 Pf. bezahlt. Anzeigen unter
nachstehenden u. allen Anzeigenge-
bühen angenommen. Reklamen
die 92 mm be. Millimeterzeile 60 Pf.
Anzeigen - Annahmefristen vor-
m. 11 Uhr, für die Sonntags-Nr. abds.
5 Uhr. Abbestellungen, sowie zu-
ständig, müssen schriftlich erfolgen.
Erfüllungsort: Halle. Erscheint
tägl. 2 mal, Sonntags 1 mal. Geschäfts-
leit. u. Haupt-Geschäftsstelle: Halle,
Neue Promenade 18. Gr. Braun-
hausstr. 17. Neben-Geschäftsstelle:
Marti 24 und Große Ulrichstr. 52.

Nr. 316.

Halle, Mittwoch, den 9. Juli.

1919.

Ratifikation und Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 9. Juli. (Sonderdepesche.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde der Gesetzentwurf betreffend Ratifikation des Friedensvertrages in namentlicher Abstimmung mit 208 gegen 115 Stimmen angenommen.

Vor der Sitzung.

Weimar, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Die bedeutungsvolle Sitzung der Nationalversammlung ist auf 10 Uhr früh einberufen. Schon von 9 Uhr ab sind zahlreiche Abgeordnete im Saal. Die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen sind zahlreich erschienen. Aus Berlin sind die Minister Hirsh und der Minister des Innern, sowie der Kultusminister Hänisch, aus Bückeburg ist Präsident Bloss anwesend. Das Reichsabinett mit dem Ministerpräsidenten Bauer und dem Minister des Innern Hermann Müller an der Spitze ist fast vollständig zur Stelle. Reichswirtschaftsminister Wirth ist fehlend. Der Beginn der Sitzung verzögerte sich, oft in Zusammenhang mit den Deutschnationalen statt, um diese zu überzeugen, sich mit den anderen Parteien mit der Absicht einer formellierten Erklärung zu begnügen. Die Plätze der Deutschnationalen sind völlig leer. Wie wir aus Weimar hören, halten die Fraktionsberatungen ab. Ferner wird uns mitgeteilt, daß Reichswirtschaftsminister Wirth heute keine Abschiedsgesandtschaft überreicht. Es wird vom Reichspräsidenten zweifellos angenommen werden. Wer der Nachfolger Wirths werden wird, ist zur Stunde noch nicht entschieden. Ernennungskandidat Robert Schmidt wird in parlamentarischen Kreisen genannt.

Deutsche Nationalversammlung.

WTB. Weimar, 9. Juli. 51. Sitzung. Saal und Tribünen sind sehr stark besetzt. Am Regierungstische: Bauer, Müller, Erzberger, Koste, Bell, Schmidt, David u. a.

Die Eröffnung der Sitzung verzögert sich. Präsident Hebrich eröffnet die erst 10 Uhr 45 Min. Auf der Tagesordnung steht die erste Beratung des Gesetzentwurfs zur Ratifikation des Friedensvertrages.

Präsident Hebrich teilt mit, daß von der Deutschnationalen Volkspartei folgende Entschließung vorgelegt worden ist:

„Die gefaschende Nationalversammlung wolle beschließen, die Ratifikation vorzunehmen unter dem aus-
drücklichen Vorbehalt:
1. daß von dem Inkrafttreten der Artikel 227-230 des Vertrags des Völkerrechts von Auf ein Gekommen darüber eingehend wird, ob es nach den anerkannten Grundsätzen des Völkerrechts zulässig oder nicht und gerechtfertigt erscheint, mit rückwirkender Kraft einen Gerichtschof zur Abstellung vorhergehender angeleglicher Verträge gegen das Völkerrecht einzusetzen und auf vorher noch nicht angeordnet gewesene Strafen zu erkennen;
2. daß im Interesse der Gerechtigkeit zur Unterstutzung der Frage von der Schuld am Kriege ein neutraler Gerichtshof eingesetzt wird.“

Zu dieser Entschließung wird in der zweiten Lesung Stellung genommen werden.

Reichsminister der Auswärtigen Angelegenheiten Müller:

„Zum Friedensvertrag selbst haben sie und wir bereits Stellung genommen. Anrechtserhaltend bleibt heute und immerdar unser einstimmiger

Protest gegen diesen Vertrag geworden. Vergewaltigung. (Rebhäfter Weisfall.) Anrechtserhaltend bleibt aber ebenso unsere Zustimmung der Vertragsverfüllung bis zum äußersten.

Wir müssen ohne Vorbehalt, ohne Hinterhältigkeit in die neuen Pflichten hineingehen. Inwiefern wir die für unerfüllbar halten, haben wir auszuführen, als unsere Unterwürigkeit erzwungen wurde. Aber für die Grenze der Erfüllungsbereitschaft hat uns keine Schuld und kein Vorwurf treffen. Wir alle, unser ganzes Volk, steht heute vor dem Aufbruch zu einem vierzigjährigen Kampf durch die Wüste. Der erste Schritt auf dem Lebenswege ist die Ratifikation.

Wir haben sie anfolge der letzten Note Clemenceaus beschleunigt, da uns die Aufhebung der Blockade in Aussicht gestellt ist. Neben der Gewißheit der Aufhebung der Blockade haben wir noch die Hoffnung auf die Rückkehr unserer Kriegsgefangenen.

Wenn das Wort Frieden nicht eben Sinn verlieren soll, muß die Rückgabe der Gefangenen jetzt erfolgen. (Rebhäfter Weisfall.) Es sind in weitestgehendem Umfang Vorkehrungen getroffen, die Rückkehr der Kriegsgefangenen in ihre Heimat auf raschestem Wege zu ermöglichen, und es sind darüber hinaus auch alle Vorbereitungen getroffen, ihnen

mit der Rückkehr auch Arbeit, Lohn und Verdienst zu sichern.

(Rebhäfter Weisfall.) Wir danken für die Fürsorge der neutralen Staaten, bei denen unsere Kriegsgefangenen Heilung und Erholung gefunden haben. Wir danken diesen Vätern und dem Papst von ganzem Herzen. (Rebhäfter Weisfall.) Wir danken dem Hohen Kreuz für die Sorgfalt und die Mühe, die unsere Kriegsgefangenen durch das Rote Kreuz erfahren haben. (Rebhäfter Weisfall.) Wir wollen unsere Dankesgaben in Werken des Friedens abtragen. (Rebhäfter Zustimmung.) Sobald der Friedensvertrag auch von drei der gegnerischen Hauptmächte unterzeichnet ist, was in wenigen Wochen der Fall sein wird,

dann haben wir ein gestärktes Deutschland,

von dem ein Teil abgerufen ist, der unserem Volke nach Seite und Sprache angehört, ohne daß die Bevölkerung vorher das Recht erhielt, nach freiem Willen über ihre Staatsangehörigkeit zu bestimmen. Wir haben nicht die Macht, dieses Anglied zu verhindern. Wir wollen aber diesen Deutschen versichern,

daß wir sie nie vergessen, wie wir auch jetzt glauben, daß sie niemals unsere gemeinsamen Geschicke vergessen und unser gemeinsames Leben nicht verlernen werden. Im übrigen wollen wir unser deutsches Gant mit all den Kräften, die uns verbleiben, in der schmerzlichen Lebenszeit zu anstrengen, daß in unseren Schwestern und Brüdern, die uns entrisen werden,

das Bewußtsein nationaler Zusammengehörigkeit wachbleibt, bis auf friedlichem Wege in hoffentlich nicht zu fernem Zeit in einem wahren Bunde der Völker alle fristigen

nationalen Probleme eine gerechte, das heißt den Willen der Völker achtende Lösung finden. (Rebhäfter Weisfall.) Wn. Krähig (Esp.): Wir stimmen der Ratifikation zu, aus denselben Gründen, die uns veranlassen, der Regierung die Vollmacht zu erteilen, den Vertrag zu unterzeichnen. Nach immer schmachvollen Hunderttausende Deutscher in Gefangenschaft, die mit der Ratifikation reisen wir die Schranken nieder, die diesen Opfern des Weltkrieges den Weg in die Heimat und die Familie wehren; ebenso die Schranken, die

die große Hungerelocke

um Millionen von Volksgenossen zog. Wir erhoben Protest gegen den Gewaltfrieden, der die Verhörung der Völker hintertrieb. Wie werden wir uns damit abfinden, daß man unter Verzicht auf die Rechte und eine große Anzahl Volksgenossen unter fremde Herren zwingt. Unzerbrechbar bleibt

das Band mit den Deutschen in Oesterreich.

Protest erheben wir auch gegen die Wagnahme unserer Kolonien. Das deutsche Volk als solches wollte diesen Krieg nicht. Der Krieg war nicht das Werk einzelner Personen, sondern des imperialistischen internationalen Kapitals. Und wer unser Volk als den alleinigen Urheber am Kriege hinstellt,

ipricht eine wissenschaftliche Unwahrheit

aus. (Sehr richtig.) Wir sind überzeugt, an einem Tage werde die Macht der internationalen Halbenberuhten Arbeiterkraft stärker erweisen als der Imperialismus. Dann wird auch das Unrecht dieses Krieges widerstanden werden. (Rebhäfter Weisfall.) Der Friedensvertrag unterliegt nicht den Grundbissen des Völkerverbindenden Christlichen Geistes, sondern ist das Ergebnis einer uns über den Friedensschluß hinaus verjagten

Unverhältnlichkeit.

Wir hoffen Schmerz erfüllt uns die Kränkung deutscher Ehre um Zerstückung deutscher Kultur. Wir stimmen trotzdem dem Friedensvertrage zu. Es geschieht nicht aus freiem Willen, sondern lediglich aus dem hartem Zwang der Tatlage, das Reich vor Unruhe und Verfall zu retten und Volk und Vaterland vor dem sicheren Untergang zu bewahren. (Weisfall.)

Abg. Spaul (Dem.): Die Ratifikation der deutschdemokratischen Partei erklärt, daß sie dem Vertrag über den Friedensvertrag

nicht zustimmen

kann. Sie überläßt vielmehr die Zustimmung der Mehrheit des Hauses, die die Regierung ermächtigt hat, diesen Frieden zu unterzeichnen. Die Fraktion läßt sich heute wie damals von der Ermögung leiten, daß aus der Annahme dieses Friedens

dem deutschen Volke noch schwerere Nachteile drohen, als aus der Ablehnung. (Sehr richtig) bei den Demokraten.)

Abg. Traub (D. N.): Wir sind uns der Folgen einer Ablehnung voll bewußt. Gerade deswegen aber können wir die Verantwortung für diesen Vertrag ab. Der Redner beschäftigt sich jedoch in großer Breite mit den Reden von Bauer und Clemenceaus. Sollen wir den Friedensvertrag ablehnen, es könnte nicht schlimmer sein. (Sehr richtig) rechts. Der Vertrag ist unerfüllbar, das werden wir immer wiederholen.

Es wird kommen der Tag der deutschen Befreiung.

Sollte man es wagen, die Hände ab zu legen? (Rebhäfter Weisfall.) Alles hat seine Grenzen. Die Ehre ist kein leerer Wahn. Die Ehre ist alles. Die Ehre dieses Friedensvertrages wird nie vernachlässigt. Sie ist die Ehre. (Rebhäfter Weisfall, rechts; auch auf den Tribünen ertönt lebhafter Weisfall und Handclatschen.)

Präsident Hebrich: Es ist der Tribüne nicht gestattet, sich an Weisfallausreden zu beteiligen. (Auf bei den Unzufrieden: Weisfall rechts.) Am Falle der Weisfallausrede sind die Tribünen räumen lassen. (Große Unruhe.) (Die Sitzung war bei Schluß der Redezeit noch nicht beendet.)

Die Entente-Note an Holland bereits überreicht?

Wafel, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der „Matin“ meldet: Sämtliche Ententeämter richteten an die holländische Regierung bereits ein Gesuch auf Aufhebung des Gesetzes. Die holländische Regierung verzögert sich zwar gegen die Bezeichnung dessen, was sie als Unrecht betrachte, fühlte sich aber andererseits außerstande, dem Gesuchen nicht zu entsprechen.

Der britische Gesandte in Berlin.

Saga, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Aus London wird gemeldet: Nach einer Mitteilung des britischen Botschafters in Berlin wird der britische Minister Barnes britischer Gesandter in Berlin werden.

Frankreich fordert deutsche Hilfsarbeiter.

Saga, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Sollen die Hilfsarbeiter in Frankreich? Der Generalkonferenz der Entente-Regierungen ist heute in einer Beratung mit dem Leiter der deutschen Friedensdelegationen, Dr. A. Zimmermann, ein Gesuch an die deutsche Regierung überreicht worden, die deutsche Regierung solle die Frage der deutschen Hilfsarbeiter durch deutsche Behörden. Diese Frage wurde bereits vor der Unterzeichnung des

Friedensabkommens wiederholt in den Noten zwischen den Alliierten und Deutschland behandelt. Bisher steht grundsätzlich fest, daß die Rückführung der Kriegsgefangenen in dem gleichen Maße erfolgen soll, in dem deutsche Zivilisten in Frankreich einströmen.

Die Minnerkamarbeiter in der Nordsee.

WTB. Berlin, 9. Juli. Die deutsche Bucht in der Nordsee ist innerhalb der Verbindungslinie Hornum Riff - Beverdahl - Graas - Fiel - Frensdahl (das bedeutet im Umkreise von 70-80 Seemeilen um Cuxhaven) durch die Reichsmarine von veranferteten Minen gesichert und für die Schifffahrt von größter Freigebung. Bezüglich der außerhalb dieser Linie bisher freigegebenen Seegebiete wird auf die laufenden Bekanntmachungen der Nachrichten für Seefahrer hingewiesen.

Ein vernünftiges Wort von Bernard Shaw.

WTB. Amsterdam, 9. Juli. Den englischen Blättern vom 7. Juli zufolge sagte Bernard Shaw in einer Unterredung mit einem Vertreter des „Sunday Chronicle“: Da Wilhelm von Hohenzollern jetzt ein gewöhnlicher Bürger geworden sei, habe er das Recht, zu leben, was es ihm gefalle. Das Wortspiel Napoleons treffe hier

nicht zu, da Napoleon wegen seiner fürstlichen kriegsrischen Eigenschaften persönlich gefährlich gewesen sei. Jeder, der sich vor dem früheren Kaiser fürchte, sollte in eine Irrenanstalt gebracht und auf Wahnsinnstellungen hin behandelt werden. Niemand habe das gesetzliche Recht, es in die Angelegenheiten dieses Herrn einzumischen. Es sei die Pflicht der Königin von Holland, sein Unrecht wiederzuerstehen.

Ausländische Filialen in Ludwigshafen.

Ludwigshafen, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Innerhalb weniger Tage sind in Ludwigshafen eine große Anzahl Filialen ausländischer Import- und Exportfirmen errichtet worden, die wagnahme die Waren abzuliefern suchen. In diesem Falle sind eine Reihe von Generalagenten und Vertretern dieser Exportfirmen eingetroffen. Der Mittelpunkt des Abschlusses von Lebensmittellieferungen ist damit vom Saargebiet nach Ludwigshafen verlegt worden, in der Voraussetzung, daß in aller Fälle der Handel nach dem unbesetzten Gebiet freigegeben wird, und dann mit der Handelsstadt Mannheim große Abschlüsse gemacht werden können. Ludwigshafen ist jetzt mit ausländischen Lebensmitteln geradezu überflutet.

Günstige Entsaesichten.

Wie uns von derselben Seite mitgeteilt wird, sind die Aussichten für die kommende Ernte durchweg günstig. Die Ernte übersteigt im allgemeinen den Durchschnitt der Kriegsjahre. Die Getreideernte wird besser sein als die der letzten Jahre. Ueber die Kartoffelernte läßt sich ein abschließendes Urteil noch nicht abgeben. Jedenfalls aber steht sie gut. Zum Teil ist die Getreideernte geradezu vorzüglich. Im Sommer wüchste eine Ernte davon, die nachteilig zu dem besten gehören wird, die wir während des Krieges erzielt haben. Auch die Futtermittelernte ist gut, und die Anbaufläche für Futter ist weit größer, als man ursprünglich angenommen hatte. Die Wintergerste wird in den nächsten Tagen schon geerntet werden und verspricht günstige Ergebnisse.

Es gilt jetzt, alle Kräfte anzuspannen, um die Verzung der Ernte sicherzustellen. Dazu ist es notwendig, daß Arbeiter und Arbeiterinnen sich über die Lohnfrage einigen, damit die Streikfrage beseitigt wird. Bei bedauerlichem Entgegenkommen dürfte leicht eine Einigung zustande kommen. Alle Beteiligten müssen sich um Ansehen haben, daß die Ernte nicht, wie andere Industriezweige, Lohnungskämpfe sind, sondern den einzigen Schutz vor der Hungergefahr bilden.

Die Fleisch- und Fettversorgung aus eigenen Beständen ist wenig aussichtsreich. Das einzige Mittel, unsere Ernährung wieder auf die Höhe zu bringen, ist der Wiederaufbau der Schweinezucht. Da das Schwein ein sehr schnellwüchsiges Tier ist, dürfte der Wiederaufbau im Laufe weniger Jahre gelingen. Nur mit Hilfe der Schweinezucht wird es uns möglich sein, soviel Fett und Fleisch zu erzeugen, daß das deutsche Volk wenigstens einigermaßen auskömmlich ernährt werden kann. Zwischenzeitlich ist aber vorzuziehen, daß die Preise der Getreide für die Schweinefleisch unverzüglich in die Wege geleitet wird.

Der Geschäftsführer des Bankbeamtenverbandes verhaftet.

Berlin, 8. Juli. Wie der Bankbeamtenverein mitteilt, wurde nach einer Vernehmung der Bankbeamten Groß-Berlins das Mitglied des Vollzugsrates und Geschäftsführer des Bankbeamtenverbandes Marx verhaftet.

Bankbeamtenführer Marx wieder freigelassen?

Berlin, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) Der Leiter des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankbeamten, Marx, der als Mitglied der I. S. P. auch dem Vollzugsrat angehört, ist gestern nachmittags nach der Sitzung des Verbandes im Lehrervereinssaal von Beamten der Kriminalpolizei verhaftet worden. Die Festnahme erfolgte, weil Marx dadurch, daß er nach dem internationalen Anstreben Emontis für 5 Minuten die Saalräume schloß, damit keine Verbindung mit der Außenwelt hergestellt und von dem Erscheinen Emontis in der Versammlung den Behörden keine Mitteilung gemacht werden konnte, sich der Verletzung im Sinne des Strafgesetzbuches schuldig gemacht hätte. Wie wir hören, ist Marx jedoch nur kurze Zeit in Haft gewesen und dann im Auftrag der Staatsanwaltschaft wieder auf freien Fuß gesetzt worden, nachdem er sich verpflichtet hatte, Vorladungen der Staatsanwaltschaft Folge zu leisten. Das Versteck, in dem sich Emontis verbergen hält, ist noch nicht ermittelt.

Die Bankbeamten verwerfen den Schiedsspruch.

Berlin, 8. Juli. Die Vertrauensmänner des Deutschen Bankbeamtenverbandes in den Berl. Großbanken verwarfen gestern mit 204 gegen 6 Stimmen den am Sonnabend gefällten Schiedsspruch. Im Verlaufe ihrer Versammlung trat plösig Emontis aus einer Kulis herab und rednerische Verhalte. Er erklärte, daß er bereit sei, sich einem deutschen Gericht zu stellen. Nachdem er ungefähr fünf Minuten gesprochen hatte, verließ er wieder die Versammlungsleitung spreche den Saal für einige Zeit, um zu verhindern, daß ein Teilnehmer die Polizei benachrichtigt.

Der Berliner Verkehrsstreik geht weiter.

Berlin, 9. Juli. Der Berliner Straßenbahnstreik geht weiter. In vier Verammlungen beschlossen gestern die Straßenbahnarbeiter und ebenso die Hochbahnarbeiter den Ausstand fortzusetzen bis zur Beseitigung des Streiks.

Das Reichskabinett und die wirtschaftliche Neuordnung.

Weimar, 8. Juli. Das Kabinett beschäftigte sich gestern in Weimar mit der Frage der wirtschaftlichen Neuordnung. Es nahm Stellung gegen alle wirtschaftlichen Organisationspläne, die als Experimente anzusehen seien. Ein Akkreditivgesetz des bisherigen Reichswirtschaftsministers Willebrand, wie verschiedene Blätter berichten, bisher noch nicht vor.

Ein Kompromiß in der Schulfrage.

Weimar, 8. Juli. In der Schulfrage kam es in Weimar zu einem Kompromiß, das die „Germania“ meint, keiner der beteiligten Parteien welches Befriedigung bringe. Die Abmachungen gehen dahin, daß die gegenwärtigen Verhältnisse auf dem Gebiete der Schule nicht geändert werden sollen, daß also die konfessionelle Schule erhalten bleibt, der Religionsunterricht seinen Platz im Lehrplan behält, ohne jedoch obligatorisch zu sein. Die Möglichkeit der Erziehung von Freikirchenschülern bleibt bestehen. Konkrete Vorschläge sollen aber nur erachtet werden, wenn konfessionelle Hindernisse nicht zu ihrem Rechte kommen würden. Der Kultusminister stimmte dem Kompromiß zu. Die Stellungnahme der sozialdemokratischen Fraktion erfolgte auch nicht.

Das „Reichsnotopfer“.

Aus Stuttgart wird den Blättern gemeldet: Die große Vermögensabgabe wird den Namen „Reichs-Notopfer“ tragen und sieht Steuerprogressionen vor, die bis zu 75 v. H. der ganz großen Vermögen über 100 Millionen betragen sollen. Es soll in weitem Umfang auf die Einkommensteuern von Millionen Mächtigsten genommen werden, ebenso auf die Steuerzahler mit kleinem Einkommen, wodurch, daß eine ärmere Bevölkerung der Abgabe gewährt wird.

Eine Meldung aus München besagt noch, daß das Erbergerische Projekt eine durchgeführte Vermögensabgabe von 50 v. H. an das Reich vorliefe. Nach Mitteilungen wird die Abgabe voraussichtlich schon bei den Vermögen von 20 000 Mark mit 10 v. H. einlegen und dann schnell bei den höheren Kapitalitäten und Vermögen schrittweise mit höherem Prozentsatz steigen. Die großen Vermögen sollen sogar mit 60 bis 70 v. H. betroffen werden.

Aufhebung der Blockade am Sonnabend?

Rotterdam, 8. Juli. „Daily Mail“ meldet: Das englische Vizekonsulat in gab Befehl, daß, sofern bis Donnerstagabend die Ratifizierung des Friedensvertrages durch Deutschland angezeigt ist, die Blockade gegen Deutschland am Sonnabend früh in dem Umfang aufgehoben werden soll. Man in London nimmt seit Freitag zum ersten Male seit Kriegsbeginn wieder Versicherungen für Schiffstransporte nach deutschen Häfen an.

Die neuen Gefahren in der Lebensmittelversorgung.

Von zuverlässiger Seite wird dem „R. L.“ aus der Schweiz berichtet: Die Schweizer Banken hatten eine Vereinbarung getroffen, die bereits wieder auf 60 Centimes geltende Reichsmark sofort wieder auf den alten Kurs von 46 Centimes sinken zu lassen, sobald sich in Deutschland neue Unruhen ereignen sollten. Die gegenwärtigen Streiks in Deutschland und die Unruhen, die aus Lebensmittelknappheiten an vielen Stellen ausbrechen, waren für die Schweizer Banken eine hinreichende Veranlassung, diese Maßnahmen in Kraft treten zu lassen, so daß die Mark neuerdings wieder nur mit 46 Centimes gehandelt wird. Diese Senkung des Marktkurses wird sich bald genug in der deutschen Allgemeinheit fühlbar machen, wenn Lebensmittel und andere Dinge aus dem Auslande nach Deutschland hereinkommen und die Preise, aufstakt nach der Friedensunterzeichnung zu sinken, wieder enorm steigen werden. Das Vorgehen der Schweizer Banken beweist am besten, wie alle diese wilden Streiks und sonstige Umwälzungsveruche gerade die arbeitende Bevölkerung am meisten schädigen. Die in Aussicht gestellte Vierung billiger Lebensmittel durch die Regierung ist natürlich nur dann möglich, wenn unsere Valuta im Auslande dieselbe Kaufkraft behält, wie bisher. Sinkt diese, so wird auch die Regierung nicht in der Lage sein, ihr Versprechen einzulösen. Das deutsche Volk kann sich dann bei den Streikenden für die neue Hungerzeit bedanken.

Das Eisenbahnministerium über die Entwicklung der Streiks.

Vom preussischen Eisenbahnministerium über die Entwicklung der Streiks.

Vom preussischen Eisenbahnministerium über die Entwicklung der Streiks. Die Eisenbahnstreiks, die gleich nach Ausbruch der Revolution zum Ausbruch kamen, waren zweifellos aus wirtschaftlichen Ursachen zurückzuführen und trugen auch nur zeitlichen Charakter. Eine andere Sache, als in Frankfurt a. M. der beruige Arbeiter und Soldaten einen Verkehrrückgang einsetzte, der es sich zum Ziel machte, den Beamten und Arbeitern das allgemeine Verfügungsrecht über die Eisenbahnverwaltung zu verschaffen. Damit begann die Verwicklung von politischen und wirtschaftlichen Streikmotiven, die jetzt zu der unangenehmen Folge von Streiks geführt hat. Der Arbeiterrat von Frankfurt sammelte und beeinflusste sie in seinem Sinne. Es wurden bei den einzelnen Eisenbahndirektionen Komitees gebildet, die unter der Arbeiterschaft Streikfälligkeit machten, indem sie ihr wirtschaftliche Ziele vorlegten.

Die Gewerkschaften haben sich solange als möglich davon zurückgehalten, für diese wirtschaftlichen Forderungen einzutreten. Sie haben dann schließlich mit dem Eisenbahnministerium darüber verhandelt und nach der Beendigung dieser Verhandlungen ihre Angehörigen, wie das bekannt ist, zur Annahme der Zugeständnisse des Eisenbahnministeriums aufgefordert. Das blieb erfolglos, und es entwickelten sich die Teilstreiks im Reich. Zweifellos werden diese Teilstreiks beilegt werden. Das darf aber geteilt, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Eisenbahnminister nicht weit genug gehen war. Bezeichnend dafür, daß es sich nicht um Aktionen handelte, über deren Zweck die Streikenden selbst nicht unterrichtet waren, ist die Tatsache, daß sie vielfach erst nach ihrem Eintritt in den Streik Forderungen gestellt haben. Wir glauben, daß auch weiterhin die Frankfurter für den Generalstreik werden werden, und nach den jetzigen Erfahrungen muß diese Vorbereitung zweifellos sehr ernst genommen werden. Ob sie Erfolg haben wird, oder ob es gelingt, die Gefahr abzuwenden, läßt sich vorläufig noch gar nicht übersehen.

Der Haushaltsausschuß über den Streik.

Im Haushaltsausschuß der preussischen Landesversammlung führte am Montag der Minister über die Arbeiterverhältnisse der Eisenbahn aus, die Veranlassung werde alles tun, um die Lage der Arbeiter und Beamten zu verbessern. Aus den Beständen der Herrensverwaltung würden 41 Millionen Meter Kleiderstoffe freigegeben werden. Auch bei Senkung der Lebensmittelpreise würden die Löhne von der Verwaltung nur langsam abgebaut werden. Über diese Linie der Entwertung müsse mit eigener Konsequenz eingehalten werden. Die Aufhebung der Blockade werde eine Ueberwärmung Deutschlands mit ausländischen Waren bringen, und da bleibe uns die wichtigste Aufgabe die Förderung unserer eigenen Produktion, wenn nicht ganz trostlose Zukunft mit dem Zwang zur Massenwanderung einträte.

Die Vertreter aller bürgerlichen Parteien stimmten dem Minister zu und traten für die Notwendigkeit klarer

Durchgreifens gegen die Streiks ein. Ein Vertreter der Sozialdemokratie wies darauf hin, daß die Verbilligung der Lebensmittel für einen Eisenbahner mit fünf Kindern daselbe wie eine Lohnzulage von 30 Mark für die Woche bedeute. Aus Nebenpolitischer Führer, die keine Eisenbahner waren, sei ohne weiteres zu bemerken, daß die Preise der Streikführer mit der ausgeprochenen Abhilfe, die Verbilligung der Lebensmittelpreise durch Unterbilligung der Zulage unmöglich zu machen.

Der Generalsprozeß in Paris.

„Echo de Paris“ meldet, daß der Prozeß gegen die deutschen Generale in Paris durchgeführt werden wird. Paris werde das Schauplatz erleben, etwa 60 deutsche Generale als Angeklagte zu sehen. Die ersten Prozesse gegen die Mitglieder des Deutschen Generalstabes würden Ende September vor sich gehen.

Oesterreichs Kandidatur zum Völkerbund.

WTB, Paris, 9. Juli. (Reuters.) In ihrer Antwort auf das österreichische Ersuchen um Aufnahme zum Völkerbund als Gründungsmitglied bezeichnen die Mitglieder des Ausschusses, den Oesterreich bisher angehört, die Kandidatur Oesterreichs zu unterstützen, sobald es über eine verantwortliche Regierung verfüge, die imstande sei, die internationalen Verpflichtungen zu erfüllen.

Italiens große Nöte.

Chiasso, 8. Juli. Der Unterstaatssekretär im Versorgungsministerium, Marzoli, erklärte dem sächsischen Korrespondenten des „Corriere della Sera“ die Versorgungswirtschaft Italiens seien riesengroß und die Lage tatsächlich kritisch. Italien liege gezwungen, täglich 10 000 Tonnen Brotgetreide aus dem Auslande einzuführen, und beim Wiederverkauf des Bäckerei wertere die Staatskasse monatlich etwa zweihundert Millionen Lire. Der Viehstand sei auf ein Minimum herabgesunken, so daß die Gefahr vorliege, daß mit dem nächsten Oktober ein absoluter Mangel an Milch eintrete. Der Rohlenmangel sei so groß, daß nachstens eine weitere Herabsetzung der Eisenbahntarife vorgenommen werden müssen, was wiederum einen schweren Rückschlag auf die Versorgung der großen Städte ausüben würde. Die schwerste Sorge der Regierung bilden die Transportschwierigkeiten und der Mangel an Geld.

Die Schweizer Morgenblätter berichten von der italienischen Grenze, daß in Mittel- und Oberitalien trotz der antilichen Elemente die Unruhen sich in regelmäßiger revolutionärer Weise bewegen und entwickeln. Die Ortsbehörden haben an die Hände von Arbeiterausführern abgeben müssen.

Aus Mailand wird gemeldet: Die Behörden in den Truppen sind gegenüber der geschlossenen Bewegung des italienischen Volkes machtlos. Die italienische Regierung hat in Erkenntnis dieser Umstände die Präfektoren und Ortsbehörden drähtlich angewiesen, nach eigenem Ermessen die Höchstpreise herabzusetzen, und wo die Preise überhöht werden, die Lebensmittel zu beschlagnahmen.

Der internationale Kampf um die deutschen Gewerkschaften.

Bern, 8. Juli. Dem Generalrat des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes wurde gestern vom Ausschuss der „Freiwirtschaftler“ Vertreter erklärte, daß sich Vertreter von der Wohnungsbau-Gewerkschaftskonferenz ins Mittel legen und an die Verbände in Frankreich, England und der Schweiz mit dem Antrag wandten, bei den Verbändenregierungen die Zulassung der „Freunde“ zu erwirken und andererseits die Konferenz zu konstituieren. Frankreich und die Schweiz erklärten sich mit Italiens Standpunkt einverstanden. Die englischen Gewerkschaften aber wollten bei ihrer Regierung vorstellig werden, falls diese auch noch nach dem Friedensschlusse gegen die Zulassung der deutschen Gewerkschaften aufzutreten sollte.

Die Bergarbeiterstreiks in Frankreich.

Bern, 8. Juli. Die Grubenarbeiter von Saint Etienne haben einen Schiedsspruch der Regierung angenommen. Die Streikenden im Loos haben sich bereit erklärt, die Bewachungsabteilungen in den Gruben wieder einzuführen, wenn die Truppen zurückgezogen würden. Der Streik selbst wird fortgesetzt.

Paris, 8. Juli. Im Ministerrat unterzeichnete Bolcaux eine Reihe von Dokumenten, durch die fast sämtliche Einfuhrverbote aufgehoben werden.

Ausland.

Was gab in der amerikanischen Friedensdelegation vor?

Rotterdam, 9. Juli. (Eigene Drahtnachricht.) „Daily News“ melden: Raunius hat offiziell als Mitglied der amerikanischen Friedensabordnung demitliert und kehrt Ende der Woche nach Amerika zurück. Sein Entschluß hat in amerikanischen Kreisen großes Aufsehen erregt. Oberst H. J. D. der sich zurzeit in Belgien befindet, hat gleichfalls den Entschluß gefaßt, nicht zur Friedenskonferenz zurückzukehren. Der amerikanische Botschafter in London, David, ist zum Nachfolger Raunings ernannt.

Halle und Umgebung.

Seite, den 9. Juli 1919.

Kollektiv über Hohwurt. In der Woche vom 7.-12. Juli können für die Hälfte der zum Kollektivbesitz angemeldeten Personen 125 Gramm Kollektiv über Wurt aus Kollektiv bei den Kollektivbesitzern entnommen werden. Der Verkauf darf nur nach den Nummern der Rundenliste erfolgen. Die Kollektivbesitzer sind verpflichtet, durch Anschlag in den Schaufenstern bekannt zu geben, für welche Nummern der Rundenliste Ware vorrätig ist und welche Nummern in den einzelnen Stunden